

ZBB 2002, 509

BGB §§ 826, 276, 278

Pflicht zur umfassenden Aufklärung bei Vermittlung von Anteilen an Fondsgesellschaft, die Geschäfte in Wareterminkontrakten und Optionen tätigt

LG Düsseldorf, Urt. v. 19.02.2002 – 10 O 204/01, BKR 2002, 924

Leitsätze:

- 1. Ein unerfahrener Anleger ist bei der Vermittlung von Anteilen an einer Fondsgesellschaft, die Geschäfte in Wareterminkontrakten und Optionen tätigt, ungefragt über die Risiken schriftlich, zutreffend, vollständig und gedanklich geordnet aufzuklären.**
- 2. Auch bei ausländischen Fonds (im vorliegenden Fall ein Fonds mit Sitz auf den Cayman Islands) reicht ein in englischer Sprache verfasster Verkaufsprospekt nicht zur Risikoaufklärung.**
- 3. Der Vorstand der die Fondsanteile vermittelnden Aktiengesellschaft haftet wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung**

ZBB 2002, 510

nach § 826 BGB, wenn er nicht durch geeignete Maßnahmen sicherstellt, dass die Kunden ordnungsgemäß, insbesondere in deutscher Sprache aufgeklärt werden.